

# INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 11. April 2011

Nr. 08/11

## ***INNENPOLITIK***

Nationalrat: Gesetz gegen Sozial- und Lohndumping  
Gedenkstätte Mauthausen neu gestaltet  
Kärntner Ortstafeln: Einigung in Sicht  
Strengere Gesetze gegen Korruption

## ***EUROPA INTERNATIONAL***

Polens Premier Tusk bei Bundeskanzler Faymann  
Bundespräsident Fischer bei Präsidenten-Treffen in Ungarn  
Schweizer Bundespräsidentin Calmy-Rey in Österreich  
Österreich weiter auf Anti-Atom-Kurs  
Außenminister Spindelegger in Ägypten, Gaza und Jordanien

## ***WIRTSCHAFT***

Arbeitslosigkeit im März um 5,2 Prozent geringer  
Wifo/IHS: Wirtschaft wächst stärker  
OeNB: Banken 2010 wieder mit höheren Gewinnen  
Rekordbudget: voestalpine investiert 121 Millionen Euro in Forschung

## ***KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT***

OsterKlang Wien 2011  
Donaufestival 2011  
Zehn Jahre Karikaturmuseum Krems  
Budget Steiermark: massive Einschnitte im Kulturbereich  
Immaterielles Kulturerbe in Österreich  
Media-Analyse 2010 erschienen  
Aktionstage Politische Bildung 2011  
Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft meldet Rekordjahr  
Rudolf Hundstorfer fordert Ausbildungspflicht für alle Jugendlichen  
Die elektronische Gesundheitsakte wird langsam Realität  
Bosnisch, Serbisch und Kroatisch werden zum Maturafach  
Beatrix Karl trifft russischen Amtskollegen Fursenko

## ***SPORTPOLITIK***

Sportminister Darabos präsentierte Initiative „Sport mit Perspektive“  
Sport & Business Circle: „Müssen wir uns Sorgen um den Skisport machen?“

### IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Helmut Wohnout, Tel. ++43/1/53115-4154, Fax ++43/1/53115-4283, e-mail: [helmut.wohnout@bka.gv.at](mailto:helmut.wohnout@bka.gv.at); Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: [irene.bucher@bka.gv.at](mailto:irene.bucher@bka.gv.at);  
<http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

## INNENPOLITIK

### **Nationalrat: Gesetz gegen Sozial- und Lohndumping**

Der Nationalrat hat am 31. März mit den Stimmen der Regierungsparteien (SPÖ und ÖVP) sowie der Grünen das Anti-Lohn- und Sozialdumpinggesetz beschlossen. Dieses verpflichtet zur Zahlung in Österreich üblicher Löhne und soll damit verhindern, dass Firmen nach der Öffnung des Arbeitsmarktes per 1. Mai billigere Arbeitskräfte aus den östlichen Nachbarländern rekrutieren.

Mit dem Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping sei eine wesentliche Lücke der Kontrolle geschlossen und ein „Meilenstein im Kampf gegen Sozialbetrug“ gesetzt worden, unterstrich Arbeits- und Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Das neue Regelwerk garantiere nicht nur einen fairen Wettbewerb – Verstöße würden mit bis zu 50.000 Euro geahndet –, sondern werde auch der Nivellierung des Lohnniveaus nach unten einen Riegel vorschieben, erklärte Hundstorfer.

Behörden können die Löhne künftig umfassender kontrollieren und bei Unterschreitung von kollektivvertraglichen Mindestgehältern Verwaltungsstrafen verhängen. Wird der Grundlohn mehr als geringfügig unterschritten, muss in Zukunft nicht nur wie bisher die Lohndifferenz nachgezahlt werden. Abhängig von der Anzahl betroffener ArbeitnehmerInnen und etwaigen früheren Anzeigen drohen Verwaltungsstrafen zwischen 1.000 und 50.000 Euro. Bei mehrfachen Verstößen bzw. gravierender Unterentlohnung kann die Dienstleistung von ausländischen Arbeitgebern zur Gänze untersagt werden.

Die Kontrolle der Löhne erfolgt durch die Betrugsbekämpfungsbehörde KIAB in Kooperation mit der Wiener Gebietskrankenkasse bzw. Bauarbeiter- Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAKA).

### **Gedenkstätte Mauthausen neu gestaltet**

Die Gedenkstätte Mauthausen (Oberösterreich) wird neu gestaltet. Die erste Phase soll bis 2013 abgeschlossen sein und inkludiert die Sanierung des ehemaligen Reviergebäudes, eine neue Überblicksausstellung sowie eine Ausstellung zur Massentötung in dem ehemaligen Konzentrationslager (KZ). Innenministerin Maria Fekter präsentierte das Projekt am 30. März und unterstrich dabei die „große Verantwortung“ der Republik.

Die Gesamtkosten für die erste Projektphase sind mit 1,7 Mio. Euro veranschlagt. Den Zuschlag erhielt das Kollektiv „argeMarie“. Neben

den Ausstellungen und der Neugestaltung werde auch das pädagogische Angebot ausgebaut, so Fekter unter Hinweis darauf, dass der Großteil der BesucherInnen aus Schülerinnen und Schülern bestehe. Geplant ist zudem ein „Raum der Namen“ zum Gedenken an alle Opfer im KZ Mauthausen.

Mauthausen sei „Österreichs größter Gedenk- und Erinnerungsort“ und habe sehr viel mit Demokratieverständnis zu tun. Außerdem habe die Gedenkstätte auch internationale Bedeutung, da viele Menschen aus anderen Nationen dort inhaftiert gewesen seien, betonte Fekter.

### **Kärntner Ortstafeln: Einigung in Sicht**

Bundregierung und Land Kärnten haben am 1. April Einigung über Lösungsmöglichkeiten in der Ortstafelfrage erzielt. Demnach sollen in Ortschaften mit einem slowenischsprachigen Bevölkerungsanteil von 17,5 % zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden, informierten Staatssekretär Josef Ostermayer und Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler im Anschluss an die Verhandlungen. Als Basis dient die Volkszählung von 2001. Im Gespräch sind 160 bis 165 neue bilinguale Ortstafeln.

Diese Variante hat allerdings der Rat der Kärntner Slowenen vorerst abgelehnt. Konsens zwischen allen Parteien, inklusive der beiden anderen Slowenenverbände, herrscht darüber, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Slowenenvertreter wollen auch Slowenisch als Amtssprache in den Südkärntner Gemeinden und Förderungen etwa für zweisprachige Kindergärten in einem Gesamtpaket verankert wissen. Staatssekretär Ostermayer möchte bis zum Sommer eine verfassungskonforme Lösung erzielen und betonte am 10. April, alle bisherigen Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) stünden außer Streit. Auch Bundespräsident Heinz Fischer sieht in dem Lösungsvorschlag „jedes einzelne Urteil des Verfassungsgerichtshofs“ erfüllt und will sich verstärkt in die laufenden Verhandlungen einschalten.

### **Strengere Gesetze gegen Korruption**

Alle fünf Parlamentsparteien plädieren dafür, Parteispenden und Nebentätigkeiten künftig offenzulegen. Das Justizministerium will in Kürze den Entwurf für ein Lobbyisten-Gesetz vorlegen, das unter anderem die Grundlagen für ein Register schaffen wird, in dem auch gesetzliche Interessenvertreter aufgenommen werden sollen. Geplant sind auch schärfere Antikorruptionsbestimmungen sowie ein Berufsverbot für Amtsträger, die klassischen Lobbyismus betreiben.

**EUROPA INTERNATIONAL****Polens Premier Tusk bei Bundeskanzler Faymann**

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk ist am 8. April in Wien mit Bundeskanzler Werner Faymann zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen EU-Themen, wirtschaftspolitische Fragen inklusive Euro-Rettungsschirm und Atomenergie bzw. erneuerbare Energien. Polen übernimmt im 2. Halbjahr 2011 die EU-Ratspräsidentschaft. Tusk erklärte, Polen sei nach der Katastrophe in Japan punkto Atomkraft „sehr sensibilisiert“, Plänen für ein erstes polnisches AKW erteilte er jedoch keine Absage. Faymann betonte, Österreich werde auch bei künftigen Treffen im europäischen Kontext seine Position zur Atomenergie klar vertreten und Ausstiegsszenarien vorantreiben, so Faymann.

**Bundespräsident Fischer bei Präsidenten-Treffen in Ungarn**

Bundespräsident Heinz Fischer hat am 8./9. April in Budapest an einem informellen Treffen mit seinen Amtskollegen aus Deutschland, Italien, Lettland, Ungarn, Polen, Portugal, Slowenien und Finnland teilgenommen. Alle Teilnehmer gehen davon aus, dass die von Österreich und Rumänien initiierte „Donau-Strategie“ noch im Sommer beschlossen wird. Fischer plädierte für ein soziales Europa.

**Schweizer Bundespräsidentin Calmy-Rey in Österreich**

Die Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey absolvierte am 11. April einen offiziellen Arbeitsbesuch in Wien. Im Zentrum der Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann standen die bilateralen Beziehungen sowie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU.

**Österreich weiter auf Anti-Atom-Kurs**

Bundeskanzler Werner Faymann hat sich am 5. April nach dem Ministerrat neuerlich für ein europaweites Anti-Atom-Volksbegehren ausgesprochen. Zur Vorbereitung will Faymann ein „breites Bündnis“ aus Atomgegnern unterschiedlicher politischer Lager auf die Beine stellen. Im Fokus stehen Ausstiegsszenarien aus der Kerntechnologie. Er hoffe zudem, dass die seitens der EU angekündigten Stresstests für europäische Atomkraftwerke „tatsächlich streng genug ausfallen werden“, so Faymann. Noch für heuer ist eine internationale Anti-Atom-Konferenz – möglicherweise in Wien – geplant, die Parteien aller Couleurs, aber auch

Umweltorganisationen offenstehen soll. Atomgegner müssten ebenso „geeint auftreten“ wie die Atomlobby, so ein Sprecher des Bundeskanzlers gegenüber der APA.

Auch Umweltminister Nikolaus Berlakovich warb bei seinem jüngsten Besuch in der Türkei (5./6. April) für verbindliche AKW-Stresstests als ersten Schritt für einen Atomausstieg sowie für eine Neuorientierung der Energiepolitik (erneuerbare Energien, Energieeffizienz).

**Außenminister Spindelegger in Ägypten, Gaza und Jordanien**

Außenminister Michael Spindelegger bereiste vom 4. bis 8. April Ägypten, den palästinensischen Gazastreifen und Jordanien.

In Kairo führte Spindelegger Gespräche mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten Essam al-Sharaf und mit Außenminister Nabil al-Arabi. Österreich wolle Ägypten im laufenden Transformationsprozess unterstützen. Er habe die Entsendung von Experten und günstige Kredite (Soft Loans) in Höhe von 70 Mio. Euro angeboten, erklärte der Außenminister.

Weiters traf Spindelegger den Großscheich der Al-Azhar-Universität und -Moschee, Ahmed al-Tayeb, sowie den Papst der koptischen Christen, Shenouda III. Letzterem sagte Spindelegger Unterstützung im Kampf für Religions- und Meinungsfreiheit zu. Spindelegger forderte volle Religionsfreiheit in Ägypten und deren Verankerung in der neuen Verfassung. Präsentiert wurden Pläne für ein Dialogzentrum aller Weltreligionen und -zivilisationen in Wien, für das Österreich, Spanien und Saudi-Arabien als Proponenten auftreten werden.

In Gaza besuchte Spindelegger das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) und eine von Österreichern geführte Entsalzungsanlage. Spindelegger forderte sowohl die Aufhebung der israelischen Blockade gegen den Gazastreifen als auch ein Ende der Raketenangriffe auf Israel. Man wolle eine „Zweistaaten-Lösung mit Israel und Palästina“, sagte der Außenminister.

Zum Abschluss seiner Nahost-Visite traf Spindelegger in der jordanischen Hauptstadt Amman mit Premier Marouf al-Bakhit und Prinz Hassan zusammen. Er sei zuversichtlich, dass der Wandel auch in Jordanien friedlich und demokratisch vollzogen werde, erklärte der Außenminister. Die Einrichtung der Nationalen Dialog-Kommission sei ein Schritt in die richtige Richtung. Österreich werde Jordanien im Kampf gegen Korruption und bei der Zusammenarbeit mit der EU unterstützen.

**WIRTSCHAFT****Arbeitslosigkeit im März um 5,2 Prozent geringer**

„Die positive Arbeitsmarktentwicklung geht erfreulicherweise weiter. Vor genau einem Jahr sank Österreichs Arbeitslosigkeit erstmals seit Beginn der Wirtschaftskrise. Nun sinkt die Arbeitslosigkeit bereits den 13. Monat in Folge“, erklärte Sozial- und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer am 1. April nach Präsentation der Arbeitsmarktdaten für März. Demnach waren im März 252.587 Menschen arbeitslos gemeldet, um 5,2 % bzw. 13.733 Personen weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Deutlich verringert hat sich auch die Zahl der SchulungsteilnehmerInnen: um 17,3 % bzw. 14.502 Personen auf 69.515. Insgesamt waren im März 322.102 Menschen ohne Job (Arbeitslose plus Schulungsteilnehmende). Im Jahresvergleich entspricht das einem Rückgang von 8,1 %. Die nationale Arbeitslosenquote betrug 6,9 % (-0,5 Prozentpunkte), nach EU-Definition 4,3 % (Eurostat).

Die Aktivbeschäftigung stieg im März um 69.000 Personen, in Summe waren 3,395.000 Menschen in Österreich unselbstständig beschäftigt, laut Sozialministerium der beste Monatswert seit 1945. Bei den offenen Stellen gab es ein Plus von 16,4 % (+4.602 auf 32.685).

„Die erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung ist auch die beste Form der Budgetsanierung“, unterstrich Hundstorfer. Nach derzeitigem Stand werde die Arbeitsmarktpolitik zuzüglich der im Budget vereinbarten Einsparungen 2011 mehr als 260 Mio. Euro zur Verringerung des Defizits beitragen. Auffallend stark ist die Jugendarbeitslosigkeit zurückgegangen: um minus 7,5 % (3.116) auf 38.377. Im März haben 4.645 Jugendliche eine Lehrstelle gesucht (+2,9 %). Die Zahl der offenen Lehrplätze stieg um 10,4 % auf 3.453, wodurch sich die Lehrstellenlücke weiter verkleinert hat. Die Ausbildungsgarantie bleibe selbstverständlich aufrecht, so Hundstorfer.

Am stärksten gesunken ist im Vormonat die Arbeitslosigkeit in der Industrie (-23,8 %) und am Bau (-19,6 %), wovon hauptsächlich Männer profitierten: Die Männerarbeitslosigkeit ist im März um 10,1 % (-16.475) auf 146.275 Personen zurückgegangen. Bei den Frauen wurde hingegen ein leichter Anstieg um 2,6 % (+2.742) verzeichnet. Grund dafür ist der negative Saisoneffekt im Tourismus, wo besonders viele Frauen beschäftigt sind (Karwoche mit Hochsaison erst ab Mitte April). Inklusive Schulungen (-6.002) ist allerdings auch die Frauenarbeitslosigkeit um 3.260 gesunken. Die

Zahl der Langzeitarbeitslosen (länger als 12 Monate beim Arbeitsmarktservice vorge-merkt) ging im März um 32,2 % zurück.

**Wifo/IHS: Wirtschaft wächst stärker**

Die österreichische Wirtschaft wächst heuer stärker als zuletzt angenommen. Dementsprechend haben Wifo (Wirtschaftsforschungsinstitut) und IHS (Institut für Höhere Studien) ihre Wachstumsprognose für Österreich nach oben revidiert: Für 2011 erwarten sie nunmehr einen realen Anstieg des BIP (Bruttoinlandsprodukt) in Höhe von 2,3 % (Wifo) bzw. 2,5 % (IHS), rund ein Viertel Prozentpunkt mehr als noch im Dezember geschätzt. Für 2012 werden 2,0 % bzw. 2,1 % prognostiziert. Im Vergleich zur Eurozone wird Österreichs Wirtschaftsleistung 2011 und 2012 das achte bzw. neunte Jahr in Folge stärker wachsen. Das Wifo erwartet für den Euroraum 1,8 % bzw. 1,7 % BIP-Plus, das IHS jeweils 1,5 %.

Getragen werde der anhaltende Konjunkturaufschwung weiterhin von den Exporten, die wegen der guten Weltwirtschaft heuer real um knapp 9 % und 2012 um 7 % bis 8 % zulegen dürften, so die Experten.

**OeNB: Banken 2010 wieder mit höheren Gewinnen**

Die österreichischen Banken haben 2010 signifikant besser verdient als im Krisenjahr 2009. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) präsentierte am 29. März die vorläufigen Zahlen: Demnach stieg der kumulierte Jahresgewinn aller Banken dank wieder angesprungener Kreditnachfragen und gesunkener Risikovorsorgen um 3,05 Mrd. auf 4,58 Mrd. Euro. Ein Großteil des Netto-Ergebnisses ist laut OeNB im Ausland, insbesondere in Osteuropa, erwirtschaftet worden. Der Gesamtgewinn 2010 liege allerdings „noch weit“ hinter den Spitzenergebnissen von 2006 mit 7,5 Mrd. Euro bzw. 2007 mit 6,8 Mrd. Euro.

**Rekordbudget: voestalpine investiert 121 Millionen Euro in Forschung**

Der börsennotierte Stahlkonzern voestalpine hat sein Forschungsbudget für das am 1. April begonnene Geschäftsjahr 2011/12 im Jahresabstand um 10 % auf mehr als 120 Mio. Euro aufgestockt. Somit hat sich das Forschungsbudget innerhalb von fünf Jahren verdoppelt. Damit will sich der Konzern künftig noch klarer als globaler Technologieführer in den qualitativ anspruchsvollsten Wachstumssegmenten (darunter Energie und Mobilität) positionieren.

**KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT****OsterKlang Wien 2011**

Das 15. OsterKlang-Festival spannt in der Zeit vom 15. bis 25. April seinen musikalischen Bogen von Francis Poulencs Oper Dialogues des Carmélites bis hin zu Werken von Antonín Dvorák, Josef Suk und Leonard Bernstein sowie Oratorien von Alessandro Scarlatti und Franz Liszt. Eröffnet wird OsterKlang am 15. April erstmals von den Wiener Philharmonikern im Theater an der Wien mit den Biblischen Liedern für Singstimme und Orchester von Antonín Dvorák und Josef Suk Symphonie Asrael unter der musikalischen Leitung von Peter Schneider (Solistin: Magdalena Kozená). Nach der überwältigend erfolgreichen Aufführungsserie 2008 wird die Opernproduktion „Dialogues des Carmélites“ in der klaren, eindringlichen Inszenierung durch Robert Carsen und unter der musikalischen Leitung von Bertrand de Billy erneut im Theater an der Wien präsentiert, wobei die französische Ausnahmendarstellerin Patricia Petibon in der Rolle der Blanche zu sehen ist. In Koproduktion mit der Neuen Oper Wien und unter der musikalischen Leitung von Walter Kobéra gelangt „Mass“ von Leonard Bernstein in einer Kammerfassung im Semper Depot zur Aufführung. Das auf der lateinischen Messe der römisch-katholischen Kirche basierende Werk wird von Elementen aus Jazz, Blues und Rock durchbrochen. Das Oratorium „Die Legende von der Heiligen Elisabeth“ von Franz Liszt wird unter der musikalischen Leitung von Martin Haselböck und der Wiener Akademie am 20. April im Theater an der Wien zu hören sein. Gesangssolisten sind Annette Dasch, Magdalena Anna Hofmann, Daniel Schmutzhard und Andreas Wolf. Das Festival schließt im Theater an der Wien am Karsamstag mit Alessandro Scarlattis Oratorium „La Giuditta“. Es spielt das Concerto Italiano unter Rinaldo Alessandrini. Die Wiener Symphoniker leiten am Ostersonntag mit einem Konzertprogramm unter dem Motto „Wiener Wald“ musikalisch den Frühling ein.

**Donaufestival 2011**

Unter der Intendanz von Thomas Zierhofer-Kin will das vom 28. April bis 7. Mai stattfindende Festival unter dem Motto „Nodes, Roots & Shoots“ das Bauprinzip des Festivals in den Vordergrund stellen: das Darstellen künstlerischer Netzwerke, aber auch das Vernetzen unterschiedlichster künstlerischer Medien. Mit 85 Produktionen und 103 Vorstellungen reicht das Angebot von bildender Kunst und Perfor-

mance (u. a. Ole Aselmann und Jonathan Mee-se), neuen multimedialen Theaterformen (u. a. Giselle Vienne, Monika Gintersdorfer, Knut Klaßen), musiktheatralischen und interaktiven Installationen (Dries Verhoeven, Lukas Abelas Vinyl Ralley) bis hin zu KünstlerInnen, die als Knotenpunkte von Netzwerken fungieren (u. a. der australische Elektronik-Musiker Ben Frost, Wildbirds&Peacedrums aus Schweden, der Isländer Valgeir Sigurdsson mit Songwriter Puzzle Muteson, die US-amerikanische Musikerin Carla Buzolich als Artist in Residence mit einer Auftragsarbeit für den Klangraum Krems sowie John Cale und das Femous Orchestra). „Das Donaufestival ist Bühne für neue Entwicklungen, Werkstatt für Kreativität, Plattform für ungewöhnliche Ausprägungen moderner Kunst. Es ist mit seinem kritischen und innovativen Potential das ideale Mittel, Weltoffenheit, Toleranz und Kreativität hervorzurufen – und damit von hoher Bedeutung für die Gesellschaft“, so Landeshauptmann Erwin Pröll. Das Festival will im Kontext der Plattform „Lower Austria Contemporary“ ein Zeichen setzen, dass zeitgenössischer Kunst auch außerhalb der Metropolen Raum gegeben wird. ([www.donaufestival.at](http://www.donaufestival.at))

**Zehn Jahre Karikaturmuseum Krems**

Anlässlich seines zehnjährigen Jubiläums zeigt das Museum bis 18. September die von Werner Hofmann (Kunsthistoriker und Gründungsdirektor des Museums des 20. Jahrhunderts Wien) kuratierte Ausstellung "Ich traue meinen Augen nicht. Streifzüge durch 400 Jahre Karikatur und Bildsatire", die sich von anderen Programmen des Museums wesentlich unterscheidet. Sie zeigt nicht Einzelarbeiten bekannter Karikaturisten, sondern stellt die Geburt der Karikatur aus dem Geist des Vexierbilds, der Übertreibung und optischen Täuschung dar, wobei Kurioses, Groteskes und Überraschendes geboten werden, was über die Karikatur im eigentlichen Sinn hinausgeht. Es geht vielmehr um eine vitale Subkultur an so genannten Randkünsten, die keinen Normen folgt. Die Exponate aus verschiedenen Epochen stammen zu einem großen Teil aus der Privatsammlung des deutschen Experimentalfilmers Werner Nekes.

**Budget Steiermark: massive Einschnitte im Kulturbereich**

Vom Sparpaket sind die Theater Holding (Schauspielhaus, Oper, Next Liberty), das Universalmuseum Joanneum (Kunsthau, Stainz etc.) und die großen Festivals am meisten betroffen. Ungewiss ist auch die Zukunft

der „regionalen“ Landesschau-Nachfolger nach 2012. Am 29. März präsentierten Joanneum-Direktor Wolfgang Muchitsch und Joanneum-Intendant Peter Pakesch Sparpläne und Umstrukturierungen, mit denen man 4,3 Mio. Euro im Landesbudget sparen will. Aus 24 Abteilungen werden 13, wichtige Standorte wie das Museum Eggenberg werden keine Sonderausstellungen mehr ausrichten und bleiben von Dezember bis Februar geschlossen, das Volkskundemuseum wird nur an zwei Tagen pro Woche geöffnet, die Eröffnung des Naturkundemuseums muss auf 2013 verschoben werden. Das neue Joanneumsviertel soll dennoch zum 200. Geburtstag des ältesten Museums Österreichs im Herbst 2011 eröffnet werden. Die Laufzeiten der Ausstellungen in Schloss Stainz, Schloss Trautenfels und im Grazer Museum im Palais werden auf zwei Jahre ausgedehnt. Die Neue Galerie für Zeitgenössische Kunst soll in Zukunft zusammen mit dem Kunsthaus und dem Skulpturenpark von einer einzigen Abteilung unter Peter Peer geleitet werden.

Christa Steinle, die mit Chefkurator Peter Weibel die für November geplante Hans Hollein Personale, das „Bruseum“ sowie die Ausstellung „Moderne: Selbstmord der Kunst“ kuratieren sollte, wurde die Leitung der Galerie entzogen. Die Maßnahmen führten zu öffentlich geführten Auseinandersetzungen. Peter Pakesch sprach von einer „schmerzhaften, aber zukunftsorientierten Reform“, in der Folge löste er den Vertrag mit Peter Weibel auf und beendete damit die Selbständigkeit der Neuen Galerie.

Der Konflikt hatte sich bereits mit der Errichtung des Kunsthauses angekündigt, das für dieselbe Kunstgattung geschaffen wurde wie die Neue Galerie, deren international beachtete Tätigkeit jetzt beschnitten wird. Dabei schrieb die Neue Galerie Kunstgeschichte. Viele der von Peter Weibel und Christa Steinle kuratierten Ausstellungen sind heute Klassiker und haben der Provinzstadt Graz eine beachtete Stellung in der internationalen Kunstwelt eingebracht, was im Kunsthaus trotz viel höherem Mittelaufwand bisher nicht gelungen ist. Namhafte Künstler, Museumsleute, Sammler und Galeristen protestierten gegen die Entlassungen und drohten, ihre Dauerleihgaben zurückzuziehen. Viele befürchten, dass der Stadt Graz auf Grund mutloser Kulturpolitik ein provinzielles Mittelmaß auf dem Kunstsektor bevorstehe. Kulturlandesrat Buchmann bemühte sich nach einem Gespräch der Kontrahenten um einen Kompromiss: Christa Steinle wird als Leiterin einer Stabstelle mit Peter Weibel die

geplanten Ausstellungsprojekte doch noch realisieren.

### **Immaterielles Kulturerbe in Österreich**

Die UNESCO-Liste für immaterielles Kulturerbe in Österreich erhielt am 22. März zusätzlich zu den 18 bisher gelisteten 15 Neuzugänge: Roman - Die Sprache der Burgenland-Roma, Vorarlberger Flurnamen, Dürnberger Schwerttanz, Österreichische Volkstanzbewegung, Anklöpfeln im Nordtiroler Unterland, Ebenseer Fetzenzug, Gasteiner Perchten, Lichtbratmontag in Bad Ischl, Mullen und Matschgern in den MARTHA-Dörfern (Fasnachtsbrauch), das Weihnachtslied „Stille Nacht“, Windischgarstner Nigloumzug, Wirlinger Böllerschützen, Dreistufenlandwirtschaft im Bregenzerwald, Köhlerei und Pecherei in Niederösterreich.

Dem Roman als Spezifikum der Burgenland-Roma war ein Schwerpunkt der Präsentation gewidmet. Die von Generation zu Generation weitergebene Sprache unterscheidet sich von jener aller anderen Roma sehr deutlich, wobei Einflüsse aus dem Kroatischen, Deutschen und Ungarischen eine Rolle spielen. Der Burgenland-Roma Charly Gärtner-Horvath vom Verein Roma Service kümmert sich aktiv um Erhalt und Weitergabe des Roman, aber auch der Sprachwissenschaftler Dieter Halwachs von der Universität Graz hat dazu wesentlich beigetragen, in dem er eine Verschriftlichung der einzigen Romani-Variante erarbeitet hat, die ausschließlich in Österreich gesprochen wird. Die Präsidentin der österreichischen UNESCO-Kommission, Eva Novotny, sprach davon, dass die Aufnahme des Roman einen Beitrag dazu leisten könnte, „auf die kulturelle Insel in unserem Land“ aufmerksam zu machen. Diese urösterreichische Kulturform auszuzeichnen, kann auch als ein politisches Signal verstanden werden, das über die Stärkung des Selbstbewusstseins der Roma hinausgeht. Zum immateriellen Kulturerbe zählen mündlich überlieferte Traditionen und Ausdrucksformen (derzeit 213 in mehr als 80 Ländern) wie Sprache, darstellende Künste, gesellschaftliche Praktiken, Rituale und Feste, Wissen und Praktiken in Bezug auf Natur und Universum sowie traditionelle Handwerkstechniken. Diese oft mündlich tradierten regionalen Praktiken sind für Gemeinschaften Identität stiftend und gewinnen besonders im Zeitalter der Globalisierung stark an Bedeutung. Österreich hat sich zum Erhalt der kulturellen Vielfalt in einer UNESCO-Konvention verpflichtet.

(<http://nationalagentur.unesco.at/>)



**Media-Analyse 2010 erschienen**

Die „ARGE Media-Analysen“ legte ihre jährlich durchgeführte Studie zur Erhebung von Printmedienreichweiten in Österreich vor, um der werbetreibenden Wirtschaft, so die Zielsetzung des Vereins, Informationen zur Medienutzung in Österreich zu bieten. Erfasst wird eine Vielzahl von Medientypen. Bei den Tageszeitungen zeichnen sich Umstrukturierungen ab: Österreicherweiter Marktführer ist weiterhin die „Kronen Zeitung“, in Wien wird sie allerdings von der Gratiszeitung „Heute“ überholt. In den Bundesländern gelingt es den großen Regionalzeitungen, die nationale Vormachtstellung der „Krone“ einzuschränken, in Kärnten, der Steiermark, Tirol und Vorarlberg gar zu brechen. Die Reichweite der heimischen Tageszeitungen insgesamt sank signifikant von 75 auf 73,7 Prozent.

[www.media-analyse.at](http://www.media-analyse.at)

**Aktionstage Politische Bildung 2011**

Die Europäische Union hat das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit erklärt. Die diesjährigen Aktionstage Politische Bildung wollen mit ihrem Schwerpunkt zu „Partizipation und Zivilcourage“ die vielfältigen Aspekte der Freiwilligenarbeit sichtbar machen und Strategien für eine Förderung von Zivilcourage und gesellschaftlicher Beteiligung zu diskutieren. Vom 27. April bis 15. Mai bieten dazu verschiedenste Bildungseinrichtungen Österreichs eine bunte Palette von Aktivitäten in Form von Workshops, Ausstellungen, Filmen, Projekten an Schulen, Radio-sendungen oder Theaterstücken.

[www.politik-lernen.at/site/projekte/aktionstage](http://www.politik-lernen.at/site/projekte/aktionstage)

**Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft meldet Rekordjahr**

„Forschung bringt Fortschritt und gerade Förderagenturen wie die FFG leisten einen zentralen Beitrag, um Förderprogramme effizient und im Sinne einer weiteren Stärkung des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes Österreich abzuwickeln“, so Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl anlässlich der Bilanzpressekonferenz der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG. Diese zahlte 411 Millionen Euro an heimische Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus, so viel wie nie zuvor.

Für das Wissenschafts- und Forschungsministerium wickelt die FFG etwa den Bereich Europäische und Internationale Programme sowie das Genomforschungsprogramm GEN AU ab, das sich – auch Dank der professionellen Ab-

wicklung durch die FFG – zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt.

**Rudolf Hundstorfer fordert Ausbildungspflicht für alle Jugendlichen**

Um die Chancen von Jugendlichen zu verbessern, möchte Sozialminister Rudolf Hundstorfer die 2008 von der Regierung abgegebene „Ausbildungsgarantie“ für Lehrlinge in eine „Ausbildungspflicht“ verwandeln und schließt dabei auch Sanktionen nicht aus. Unternehmen sollen Jugendliche, die nicht in Ausbildung sind, nicht mehr ohne weiteres anstellen dürfen, notfalls soll auch die Familienbeihilfe entzogen werden.

Begrüßt wird der Vorschlag u.a. von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, von Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl und von den Grünen.

**Die elektronische Gesundheitsakte wird langsam Realität**

In den kommenden Wochen starten nach jahrelangen Verhandlungen in drei Bundesländern Österreichs dazu Pilotprojekte: Patienten können auf freiwilliger Basis einer Erfassung ihrer Medikamente beim Arzt und in der Apotheke sowie deren zentraler Speicherung zustimmen. Für Gesundheitsminister Alois Stöger nimmt Österreich damit eine „Pionierrolle in der EU“ ein.

**Bosnisch, Serbisch und Kroatisch werden zum Maturafach**

Ab dem kommenden Schuljahr 2011/12 kann an zwei höheren Schulen in Wien Bosnisch-Kroatisch-Serbisch (BKS) als zweite lebende Fremdsprache gewählt werden. Damit ist dann auch eine reguläre Matura in diesem Fach möglich. Bei Erfolg soll das Fach bald in mehr Schulen angeboten werden.

Karl Blüml, Landesschulinspektor für den Bereich Allgemein Bildende Höhere Schulen in Wien, sieht darin auch einen „Beitrag zum sozialen Frieden“.

**Beatrix Karl trifft russischen Amtskollegen Fursenko**

„Die Zusammenarbeit zwischen Russland und Österreich im Hochschul- und Forschungsbereich wird ausgebaut“, kündigte Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl nach dem Arbeitsgespräch mit dem russischen Bildungs- und Wissenschaftsminister Andrej Fursenko am 30. März an. Ein entsprechendes Abkommen wird derzeit gerade ausgearbeitet und im Mai unterzeichnet.

**SPORTPOLITIK****Sportminister Darabos präsentierte Initiative „Sport mit Perspektive“**

Sportminister Norbert Darabos präsentierte Anfang April gemeinsam mit Roswitha Stadlober, der Geschäftsführerin des Vereins „Karriere Danach“, die Initiative „Sport mit Perspektive“. Das Programm soll ehemalige Spitzensportlerinnen und Spitzensportler beim Übergang ins Berufsleben unterstützen. Darabos betonte die Wichtigkeit, „dass mit diesem Projekt Perspektiven für ehemalige Spitzensportler geschaffen werden.“ Das Sportministerium fördert die Initiative im heurigen Jahr mit 300.000 Euro.

„Wir nehmen dieses Geld in die Hand, um eine für den Spitzensport wichtige Initiative zu unterstützen. Das gehört zu unserer sozialen Verantwortung gegenüber den tausenden österreichischen Spitzensportlern“, so Darabos.

Besonders erfreulich ist für Darabos die Tatsache, dass die Initiative von Proponenten getragen wird, die selbst dem Spitzensport entstammen. „Wir sehen hier Sportler, die selbst den Übergang ins Berufsleben geschafft haben“, so der Minister.

Dass SpitzensportlerInnen sozial kaum abgesichert sind ist eine Tatsache, die nur den wenigsten bekannt ist. Vor allem für SportlerInnen aus weniger gut bezahlten Sportarten gestaltet sich der Ausstieg aus dem Spitzensport oft schwierig. Erschwerend kommt hinzu, dass sich schulische und berufliche Ausbildung oft nicht mit dem zeitaufwändigen Training von Spitzensportlern vereinbaren lässt.

Die Initiative „Sport mit Perspektive“ wird vom Verein „Karriere Danach“ (KADA) getragen. Das Programm ist eine österreichweite Service-Initiative, die neben der Betreuung der beruflichen Integration von Spitzensportlern auch Laufbahnberatung für junge aktive Sportler bietet. Unterstützt wird der Verein dabei neben dem Sportministerium auch vom AMS.

**Sport & Business Circle: „Müssen wir uns Sorgen um den Skisport machen?“**

Der Wintertourismus zählt zu den bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren des Landes, schafft Arbeitsplätze und macht Österreich zu einer der Top-Wintersport-Destinationen. Ein Blick in die Zukunft verheißt jedoch nicht nur Gutes: Die Auswirkungen von Klimawandel, steigende Verletzungsgefahr und Nachwuchsmangel werden zunehmend erörtert, so auch beim ersten diesjährigen Sport & Business Circles der Österreichischen Sporthilfe, der am 4. April in Wien stattfand. Unter der Leitung des ORF-

Journalisten Michael Roscher diskutierten Samo Kobenter, Leiter der Sektion Sport im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, Klaus Leistner, Generalsekretär des Österreichischen Skiverbandes, Franz Schenner, Sprecher der Allianz Zukunft Winter, Peter Zellmann, Leiter Institut für Freizeit- und Tourismusforschung, und der ehemalige Skiläufer und jetzige Hotelier Hans Enn zum Thema Wirtschaftsfaktor Skisport: Muss Österreichs Sportart Nummer eins um ihre Zukunft bangen?

Seit 1995 entscheiden die Schulen autonom über die Durchführung von Skikursen, wodurch die Zahl der Ski fahrenden SchülerInnen in den letzten Jahren um ein Drittel zurückging. Sport- und Unterrichtsministerium, die Wirtschaftskammer Österreich WKO und der Österreichische Skiverband riefen deshalb die gemeinsame Plattform „Servicestelle Wintersportwochen“ ins Leben.

Hilft das innovative Modell, die potenziellen SkiurlauberInnen von morgen für Österreichs beliebteste Sportart zu begeistern und den Wirtschaftszweig Skisport auch in Zukunft zu sichern? Muss nicht auch die Wirtschaft mit neuen Angeboten und Preisanpassungen auf Veränderungen reagieren?

Für Samo Kobenter vom Sportministerium ist klar: „Es ist diesbezügliche Bewusstseinsbildung notwendig. Es passiert zu wenig, um junge Menschen zu mehr Bewegung zu animieren. Hierfür sind strukturelle Änderungen, vor allem im Schulwesen, notwendig.“

Für Klaus Leistner ist der Skisport attraktiv genug für junge Leute: „Durch neue Techniken wie Carven hat der Skisport auch für die jüngere Zielgruppe an Attraktivität gewonnen. Unsere Konkurrenz sind All Inclusive-Clubs, die für Familien attraktiver sind.“

Hans Enn sieht ein großes Problem: „Die Leute sind bequem geworden, nicht nur die Schüler, auch die Lehrer. Jugendliche müssen wieder zum Skisport gebracht werden und hier sind Liftbetreiber und Tourismusverbände gefordert, attraktive Angebote zu schnüren.“

Nicht entgegen ließen sich die Diskussion im Austria Trend Hotel Savoyen Vienna unter anderem Generalsekretär des Österreichischen Olympischen Comités (ÖOC) Peter Mennel, ÖOC-Marketingchef Florian Gosch, Präsident des Österreichischen Volleyball Vereins ÖVV Peter Kleinmann, Ex-Eisschnellläufer Michael Hadschieff, der vierfache Ruderweltmeister Christoph Schmölzer sowie Bahngolferin und Vizeeuropameisterin Elisabeth Gruber.